



PINNWAND

Mitteilungen für die niedersächsischen Schulen

Hannover, 30.08.2016 (Nr. 56)

VBE-Vorsitzende Gitta Franke-Zöllmer:

„Online-Befragung liefert noch keine qualitativen Ergebnisse!“



Das Ziel der am Montag, den 29. August, von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt vorgestellten Studie war, die „Überprüfung der Passung zwischen Vorgaben des Ministeriums einerseits und der Umsetzung im Arbeitsalltag der Lehrkräfte andererseits.“

An der freiwilligen Befragung beteiligten sich mit rund 10.000 Lehrkräften und Schulleitungen aller Schulformen 11% der Beschäftigten.

Der Anteil der weiblichen Lehrkräfte an der Befragung spiegelt mit 70% die Personalsituation an Schulen wider.

Nach Aussage der VBE-Vorsitzenden Gitta Franke-Zöllmer ist bemerkenswert, dass 37,9% der Teilnehmer/innen an Grundschulen beschäftigt sind. Das lässt darauf schließen, dass die Probleme und damit die Unzufriedenheit an dieser Schulform am größten sind. „Es gibt eine starke Diskrepanz zwischen der Anerkennung der Sinnhaftigkeit der bildungspolitischen Ziele dieser Regierung in den Tätigkeitsbereichen

inklusive Bildung, Sprachförderung, Ganztags sowie Zusammenarbeit und ihren tatsächlichen Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort im Rahmen der Arbeitsbedingungen.“

Deutlich aber ist, dass die Grundschulen in der Krise stecken!

Frau Franke-Zöllmer bewertend: „Gründe dafür liegen in der Arbeitszeit, den Personalressourcen, der schulischen Ausstattung und den Schulgrößen. Das Beratungs- und Unterstützungssystem der Behörden erreicht in seiner Vielschichtigkeit die Schulkollegien nicht. Es gehört auf den Prüfstand!“ Der VBE nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die AG Grundschule beim Kultusministerium, in die auch der VBE eingebunden ist, die Ergebnisse der online-Befragung qualitativ auswerten soll. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat zugesagt: „Es wird etwas passieren!“ Der VBE erwartet vordringlich eine Neujustierung der Arbeitszeit und die Entbindung von Verwaltungstätigkeiten.

VBE-Presse 29.08.2016

Eckpunkte für „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren inklusive Schule“

Nach intensiven Beratungen mit den zuständigen Referaten im MK ist es VBE/GEW/VdS gelungen, bei Struktur und Aufgaben der geplanten Regionalstellen für Inklusion wesentliche Veränderungen zu erreichen.

Die neuen „Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren inklusive Schule“ (RZI) sollen sukzessive ab dem Schuljahr 2017 in Landkreisen und kreisfreien Städten aufgebaut werden. Dazu werden Planungsgruppen eingerichtet. Ziel ist es „landesweit unter Beachtung regionaler Ausprägungen eine vergleichbare Qualität der Schulen mit entsprechender Expertise sicherzustellen“.

Die räumliche Unterbringung der RZI kann regional unterschiedlich erfolgen. Generell werden sie funktional und personell von Schule getrennt aufgebaut. Die Leitung wird in „pädagogischer Hand“ liegen. Die RZI beraten und unterstützen die eigenverantwortlichen Schulen bei der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung der inklusiven schulischen Bildung. Bei der Verteilung der flexiblen Personalressourcen

gibt es eine Zusammenarbeit von RZI, Schulleitungen und schulfachlichen Dezernenten. Alle Entscheidungen dienstrechtlicher Art bleiben bei der LSchB.

Für die Einbindung der RZIs in der Landesschulbehörde wird in den Dezernaten 2 ein Fachbereich gebildet, der dezernatsübergreifende Zuständigkeit hat.

Dienststelle für das sonderpädagogische Personal ist eine Förderschule – soweit vorhanden – oder eine allgemeine Schule. Über noch offene Fragen seitens der Verbände wird es ein weiteres Gespräch im MK geben. Ohne eine zusätzliche finanzielle Unterfütterung ist die Einrichtung von RZIs nicht möglich. Eine kostenneutrale Lösung kann es nicht geben.

In Vorbereitung ist auch ein Grundsatzterlass zur „Arbeit in der inklusiven Schule“.

gfz